Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 56 (1962)

Heft: 7-8

Artikel: Weltrundschau : die andere Konferenz ; Sozialismus und Frieden ; Koexistenz - eine Gefahr? ; Algerien ist unabhängig ; Westeuropa-Pläne ; Der alte Geist ; Laos und Südvietnam ; Krieg um China?

Autor: Kramer, Hugo

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-140694

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 08.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Die andere Konferenz Die sogenannte Abrüstungskonferenz der Vereinten Nationen, die in Genf «arbeitete», hat sich für ein paar Wochen vertagt*. Noch besser wäre es gewesen, sie hätte den Betrieb überhaupt eingestellt und bekannt, daß sie ihre Aufgabe gar nicht erfüllen *könne*, solange mindestens der eine der beiden großen Machtblöcke auf die Politik des Kalten Krieges festgelegt sei. Inzwischen ist, während dieser Monatsbericht geschrieben wird, in *Moskau* eine andere Konferenz *für Abrüstung und Frieden* zusammengetreten, die freilich keinerlei Auftrag von der Neuyorker Weltorganisation hat, aber vielleicht doch mehr Bedeutung im Kampf gegen die Kriegsgefahr haben wird als das Genfer «Parlament», in dem wirklich nur geredet wird. Selbstverständlich heißt es jetzt im Westen wieder, die Moskauer Friedenswoche diene nur der Propaganda für den Kommunismus, also der Unterwerfung der noch freien Welt unter die Gewaltherrschaft der Machthaber im Kreml. Allein die zahlreichen Teilnehmer des Moskauer Kongresses, die *nicht* auf dem Boden des Kommunismus stehen, sind wahrlich nicht einfältig genug, um sich für Zwecke mißbrauchen zu lassen, die ihnen fremd, ja zuwider sind. Und sie machen gewiß von der ihnen zugesicherten Redefreiheit genau so ausgiebig Gebrauch, wie es die nichtkommunistischen Besucher der großen Wiener Völkerkonferenz von 1952 getan haben, an der ich selbst teilgenommen und recht unkommunistisch gesprochen habe. *Das* ist allerdings ganz richtig: Das Verlangen der Völker nach Abrüstung und friedlichem Zusammenleben deckt sich weithin mit der Politik der Sowjetunion, und das wird auch an der Moskauer Tagung zum Ausdruck kommen. Aus innerstaatlichen wie aus weltpolitischen Gründen muß eben die Sowjetunion in einem ohne Militärrüstungen gesicherten Friedenszustand ihren eigenen größten Vorteil sehen, während die Westmächte und besonders die Vereinigten Staaten ihren Vorteil in der Aufrechterhaltung und Steigerung ihrer Kriegsrüstungen suchen, ohne die sie ihre bedrohten wirtschaftlichen und sozialen Grundordnungen nicht mehr retten zu können glauben.

Gewiß läge der Vorteil der Vereinigten Staaten in Wahrheit *auch* in Abrüstung und friedlicher Koexistenz mit «den anderen». Die plötzliche Erschütterung der Neuyorker Börse Ende Mai dieses Jahres war ja nicht nur ein Manöver derjenigen kapitalistischen Kreise, die mit Präsident Kennedys Wirtschaftspolitik unzufrieden sind; sie war noch viel mehr Ausdruck der schleichenden Krise, in der sich die amerikanische Wirtschaft befindet, und der Tatsache, daß dieser Stockungszustand mit fortgesetztem Anziehen der Rüstungsschraube so wenig zu überwinden ist wie mit sorglosem Gewährenlassen des sich selbst-

* Jetzt hat sie sich bereits wieder versammelt. (24. Juli)

tätig steuernden «freien Unternehmertums» und mit kapitalistischen Heil- und Antriebsmitteln klassischer wie moderner Art. Kennedy, so schrieb der Londoner «New Statesman» unlängst (1. Juni) kaum zu Unrecht, steht heute vielleicht vor der lebenswichtigsten Entscheidung seiner Präsidentschaft. «Wird er sich für einen Versuch entscheiden, das Wirtschaftsproblem des Westens durch eine Beschleunigung des Wettrüstens zu lösen, mit all ihren Gefahren? Oder wird er von der Bundesversammlung verlangen, daß sie das umfangreiche Programm für staatliche Wirtschaftsplanung und Volkswohlfahrt annehme, das — obschon die Republikaner es als Unterhöhlung des freien Unternehmertums ansehen — die schlaffe Wirtschaft neu beleben und den sozialen Fortschritt in den Vereinigten Staaten ebenso wie eine Minderung der Spannung in den west-östlichen Beziehungen fördern könnte?»

Sozialismus und Frieden Wie — und ob überhaupt — Kennedy sich entscheiden wird, bleibt abzuwarten. *Wenn* er auf stärkere Beeinflussung der Wirtschaft durch staatliche Planung und Steuerung ausgehen sollte — und er hat bereits verdächtige Andeutungen in dieser Hinsicht gemacht —, dann wird er auf härtesten Widerstand der strenggläubigen Anhänger des freien Spiels der Kräfte und des selbsttätigen Lohn- und Preismechanismus stoßen. Und dieser Widerstand würde sich erst recht verstärken, wenn es sich darum handeln sollte, die amerikanische Wirtschaft auf reine Friedensproduktion umzustellen, was an sich zwar durchaus möglich wäre, ohne daß größere Erschütterungen einträten, aber eben bereits ein Maß von Lenkung und Beherrschung der Wirtschaftsmittel im Dienste der Volksgesamtheit voraussetzt, das — folgerichtig weitergeführt — früher oder später im Sozialismus zu enden droht. Profit, das Lebenselement des Kapitalismus, läßt sich viel leichter, ausgiebiger und hemmungsloser machen, wenn die Wirtschaftsmittel in der Hand eines privaten Unternehmertums bleiben, und besonders, wenn der Staat zu so phantastischen Ausgaben für Kriegsrüstungen veranlaßt werden kann, wie sie die Vereinigten Staaten auf sich zu nehmen entschlossen sind. Dazu kommt als recht wesentlich, daß die Anlagen der Rüstungsindustrie so ungeheuer ausgedehnt und kapitalmäßig festgelegt sind, daß es in einer «freien» Wirtschaft fast unmöglich erscheint, sie anderen Produktionszwecken zuzuführen. In den USA wäre das noch viel schwieriger als anderswo darum, weil die Rüstungsindustrie — eingeschlossen die Herstellung von Flugzeugen, Lenkgeschossen, elektronischen Einrichtungen, Schiffen, Tanks, Munition — im Staat Kalifornien auf eine Art zusammengeballt ist, die wohl einzig in der Welt dasteht. «The Western Political Quarterly», eine gediegen wissenschaftliche Zeitschrift, hat gerade im Juniheft 1962 eine einläßliche Studie über diese bemerkenswerte Erscheinung veröffentlicht. «Seit dem Ende der fünfziger Jahre», so lesen wir da, «hat Kalifornien ein neues eindrucksvolles Kapitel in einer Entwicklung geliefert, die mit den vierziger Jahren be-

gann, einer Entwicklung, die zeigt, was einem Staat geschieht, in dessen Wirtschaft Milliarden von Rüstungsdollars einströmten. Die Rüstungsausgaben haben als ein sich in geometrischer Reihe ausweitender Katalysator gewirkt, der Kaliforniens industrielle Wachstumsrate in einem Tempo vorwärtsgetrieben hat, das von keinem anderen Staat erreicht worden ist, und der eine beispiellos hohe Zahl von Menschen in seinen industriellen Strudel hineinreißt ... Ob dieser neue Hochstand anhalten wird angesichts der wütenden Eifersucht, die er bei Konkurrenzstaaten wie Neuyork erzeugt hat, wird nur die Zeit lehren ... Und ob eine derartige Zusammenballung der Rüstungsausgaben für Kalifornien oder für das Land als Ganzes ‚gut' ist, das wird in den kommenden Jahren heiß umstritten sein.» Sicher ist — so fügen wir hinzu — nur das eine, daß der amerikanische Rüstungskapitalismus, wie das kapitalistische Wirtschaftssystem als Ganzes, eines der schwersten Hindernisse für eine Abrüstungs- und Friedenspolitik der Vereinigten Staaten darstellt.

Anders in der *Sowjetunion*, die weder eine private Rüstungsindustrie kennt noch eine kapitalistische Profitwirtschaft überhaupt. Während die Vereinigten Staaten sowohl auf ihrem eigenen Boden als in der Welt draußen militärische Rüstungen — eigene wie diejenigen verbündeter oder befreundeter Länder — als lebensnotwendig für die Aufrechterhaltung ihrer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung ansehen, empfindet die Sowjetunion *ihre* Kriegsrüstungen als immer unerträglicheres Hemmnis für ihre eigene Wirtschafts- und Gesellschaftsentwicklung wie für diejenige der zurückgebliebenen Länder aller Erdteile. Das gilt besonders für die sowjetische Landwirtschaft. Die scharfen Preiserhöhungen für Fleisch und Butter, die jüngst verordnet wurden, sind nicht nur ein Hinweis auf die wachsende Knappheit an Nahrungsmitteln; sie sollen nicht allein eine Einschränkung des Verbrauchs bewirken, sondern vor allem der Ansammlung der nötigen Mittel für kräftig verstärkte Kapitalanlagen in der Landwirtschaft dienen, die in den letzten Jahren ganz ungenügend damit bedacht worden ist. Wie aber diese Notwendigkeit mit der Aufrechterhaltung der Wettbewerbsfähigkeit in Militärrüstungen vereinbaren? Vor die Wahl gestellt, entweder das Rüstungsrennen mit den Vereinigten Staaten fortzusetzen auf Kosten der Versorgung mit Lebensmitteln oder die Erzeugung von Nahrungsmitteln zu beschleunigen unter Vernachlässigung der Kriegsrüstung, würde sich die Sowjetregierung sicher für die erste Möglichkeit entscheiden. Eine Lösung des Zwiespalts könnte nur durch internationale Entspannung und Abrüstung gefunden werden — in der Lebensmittelerzeugung wie in allen anderen Wirtschaftszweigen. Die Verwirklichung des ehrgeizigen Programms für eine kommunistische Überflußgesellschaft, das der Sowjetregierung vorschwebt, scheint auf jeden Fall nur schwer denkbar, solange die gegenwärtigen Ausgaben für die militärische Rüstung auf der Sowjetunion lasten. Und in Moskau glaubt man geradezu, daß die Amerikaner deshalb erst recht das

Tempo des Wettrüstens durchzuhalten, ja zu steigern entschlossen seien. Wie würde die Sowjetunion aufatmen, wenn sie einigermaßen sicher sein könnte, daß die westlich-kapitalistische Welt sich mit dem Dasein einer östlich-kommunistischen Welt abzufinden und den Kalten Krieg mit seiner Möglichkeit, ihn jeden Tag in den Heißen Krieg überzuführen, abzublasen bereit wäre! Und was für den sozialistischen Aufbau in der Sowjetunion gilt, das gilt noch mehr von den noch stärker unterentwickelten Ländern der Erde. Nur wenn die Gefahr eines allzerstörenden neuen Krieges gebannt und eine Zeit langdauernden Friedens gesichert ist, gewinnt die dem Sozialismus zustrebende Welt die Atempause, die sie braucht, um eine neue Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung planmäßig aufzubauen und den weltgeschichtlichen Kampf um den Sozialismus entscheidend zu gewinnen.

Koexistenz – eine Gefahr! All diese Tatsachen und Überlegungen haben die Sowjetunion auf den Weg der Koexistenz, der Annäherung an den Westen, ja eines *Kompromisses* mit den kapitalistisch-imperialistischen Mächten geführt. Dies um so mehr, als nach sowjetischer Überzeugung auch die Westmächte keinen Krieg wagen dürfen; das Ostlager, so glaubt man zuversichtlich, ist wirtschaftlich wie militärisch und politisch bereits so stark, daß jeder Versuch, den Kommunismus und Sozialismus gewaltsam auszutilgen, auf regelrechten Selbstmord hinauskäme. Ja, man glaubt in der Sowjetführung sogar, die sozialistischen Kräfte in der Welt seien schon stark genug, um den kapitalistisch-imperialistischen Kräften den endgültigen Verzicht auf Kriegsrüstung und gewalttätigen Antikommunismus aufzuzwingen und «dem Bürgertum Maßnahmen abzutrotzen, die über gewöhnliche Reformen hinausgehen und von lebenswichtiger Bedeutung für die Arbeiterklasse wie für den Weitergang des Kampfes für den Sozialismus sind» (aus dem neuen Programm der Kommunistischen Partei der Sowjetunion). In der Sowjetunion selber hat gleichzeitig jene als «*Entstalinisierung*» bezeichnete Umstellung angehoben, die die gewaltsame, zentralistische Industrialisierung, wie sie nach dem Ersten Weltkrieg durchgeführt wurde, nicht nur als unnötig, sondern sogar als unerträgliches Hindernis für die fernere wirtschaftlich-soziale Aus- und Umgestaltung des Landes erkennt. Dezentralisierung, Lockerung der Diktatur, Liberalisierung, ja Demokratisierung sind Begriffe geworden, die keinen Schrecken mehr einjagen, vielmehr nüchtern und wirklichkeitsnah zergliedert und in die Tat umgesetzt werden. Auch diese Strömung müßte, wenn der äußere Druck nachließe oder gar aufgehoben würde, zu einer starken Annäherung der Sowjetunion an westliche Vorstellungen und Lebensformen führen und der Koexistenzpolitik mächtigen Auftrieb geben.

Aber steht dieser «Revisionismus» nicht in unversöhnlichem Gegensatz zu der «rechten Lehre» des Marxismus und Leninismus? Verkennt er nicht das ganze Wesen des Kapitalismus, seines Machtapparates,

seines Selbstbehauptungs- und Ausdehnungswillens und seiner Bereitschaft, alle Ansätze zum Sozialismus mit Gewalt zu vernichten? Muß nicht zuerst die ganze kapitalistische Klassenherrschaft gebrochen werden, ehe eine sozialistische Ordnung in Frieden und Freiheit aufgebaut werden kann? Setzt eine Koexistenzpolitik, wie sie von solchem «Revisionismus» aus betrieben wird, die sozialistische Bewegung in der Welt nicht den ärgsten Enttäuschungen und verhängnisvollsten Rückschlägen aus?

Es sind namentlich die *Chinesen*, unterstützt von Kommunisten und Sozialisten aus einer ganzen Anzahl anderer Entwicklungsländer, die solche Fragen aufwerfen. China steht eben auf einer anderen, einer früheren Stufe seines sozialistischen Aufbaus als die heutige Sowjetunion. Für es ist eine durchgreifende Lockerung der Diktatur, ein *heute* vorzunehmender Übergang zur sozialistischen Demokratie mindestens verfrüht. China und verschiedene andere asiatische Länder stehen auch unter viel stärkerem und unmittelbarerem Druck des kapitalistischen Westens als die Sowjetunion. Die Vereinigten Staaten haben es völkerrechtlich überhaupt noch nicht anerkannt, unterstützen und schützen vielmehr das auf Taiwan (Formosa) niedergelassene «Nationalchina», dessen Regierung ganz unverhohlen den gewaltsamen Sturz «Rotchinas» erstrebt, und beanspruchen ebenso offen die Vorherrschaft im ganzen süd- und ostasiatischen Raum. Ist da, so fragt man sich in der Pekinger Republik, die Sicherung Chinas und seiner Befreiung von einer hundertjährigen imperialistischen Unterdrückung, ist die Rückkehr Taiwans zum Mutterland, die Befreiung Südkoreas, Südvietnams, der Königreiche Laos, Kambodscha und Thailand von der amerikanischen Schirmherrschaft und ihre Aufnahme in die Organisation der Vereinten Nationen — ist all das nun nicht ungleich wichtiger als eine sowjetisch-amerikanische Verständigung über Berlin? Muß nicht alle Kraft auf die Förderung der revolutionären Freiheitsbewegungen in Asien, Afrika und Lateinamerika verwendet und der Kampf gegen den westlichen Kolonialismus und Imperialismus nicht viel tatkräftiger geführt werden, als es koexistenzpolitische Rücksichten erlauben?

Die chinesische Auffassung enthält zweifellos einige sehr starke Punkte. Es ist gar nicht zu verkennen, daß namentlich Chruschtschew trotz allen Enttäuschungen immer noch allzu leichtgläubig gegenüber den Vereinigten Staaten und ihrem harten, auf Sprengung des kommunistischen Blocks gerichteten Machtwillen ist. Darin liegt gewiß eine Gefahr, die in China und anderen im scharfen Kampf mit dem Westen stehenden Ländern sehr wachsam gewürdigt wird. Aber *ein* sowjetischer Beweisgrund spricht doch ganz überzeugend und entscheidend für das Recht der Koexistenzpolitik (die ja nicht einfach mit charakterlosem Kompromisseln gleichzusetzen ist): die Tatsache nämlich, daß es jetzt in erster und letzter Linie auf die *Abwendung eines dritten Weltkrieges* ankommt, und daß alle Arbeit für eine neue, sozialistische Welt vergeblich wäre, wenn der Friede endgültig zusammenbrechen

sollte. Diese Feststellung verleugnet auch keineswegs die wesentlichen sozialistischen Grunderkenntnisse. Sie verkennt namentlich nicht die Rolle der kapitalistischen Kriegskräfte und die Aufgabe der sozialistischen Friedenskräfte. Die Koexistenzpolitik geht vielmehr gerade davon aus, daß die sozialistischen Kräfte, die in einem Drittel der Welt die Regierungsmacht in Händen haben, schon heute unüberwindlich stark und imstande sind, die Kriegskräfte im anderen Lager in Schach zu halten. Und in zahlreichen anderen Ländern gibt es neben der weltweiten Bewegung, die den Frieden an und für sich erstrebt, starke Kräfte, die eine Welt ohne Krieg auch darum verlangen, weil nur in ihr soziale Gerechtigkeit und Freiheit möglich sind.

Kurz, auch und gerade die radikalen und revolutionären Sozialisten werden einsehen müssen, daß Abrüstung und Friedenssicherung die vordringlichste Aufgabe unserer Zeit geworden sind, über alle Gegensätze der Wirtschafts- und Gesellschaftssysteme hinaus. Koexistenz oder keine Existenz — das ist nun einmal einfach die Wahl, vor die wir gestellt sind, und der wir nicht ausweichen dürfen. Wir muten ja auch den Anhängern der bürgerlichen Lebensformen und der kapitalistischen Wirtschaftsweise zu, über ihre Sozialismus- und Kommunismusfeindschaft wenigstens soweit hinauszukommen, daß sie auf Militärgewalt als Mittel zur Durchsetzung politischer und gesellschaftlicher Zwecke verzichten. Warum sollen also nicht auch wir Anhänger einer sozialistischen Lebensordnung die entsprechende Zumutung an uns selber richten? *

Algerien ist unabhängig Unter den Einzelereignissen von weltpolitischer Bedeutung, die in der Berichtszeit zu verzeichnen waren, steht natürlich die Erklärung der *Unabhängigkeit Algeriens* vorne dran. In Frankreich hat man dieses Ereignis vorwiegend mit Ergebung in das Unvermeidliche, längst Erwartete aufgenommen. Denn Algeriens politische Trennung vom Mutterland ist eben doch ein schwerer, wenn auch noch nicht endgültiger Schlag für den französischen Nationalismus und Kolonialismus, der nun mindestens formal-politisch sein ganzes nordafrikanisches Reich verloren hat. Uns andere beherrscht vor allem ein Gefühl großer Erleichterung angesichts des Endes des fürchterlichen, siebeneinhalbjährigen Gemetzels, ein Gefühl der Genugtuung über die Befreiung auch des algerischen Volkes von seiner hundertdreißigjährigen Unterdrückung und Ausbeutung durch die europäischen «Kulturträger», vermischt freilich mit dem Zorn über die unsäglichen Verbrechen, die Frankreich im Lauf

* Bertrand Russell verlangte in einer Botschaft an den Moskauer Abrüstungs- und Friedenskongreß, die Westmächte wie die Ostmächte sollten erklären, daß sie um jeden Preis Frieden und Abrüstung wollten, auch wenn dann die Welt ganz kommunistisch beziehungsweise ganz kapitalistisch werde. Chruschtschew antwortete darauf: Angenommen! Wir sind ja überzeugt, daß in einer Welt ohne Krieg der Sozialismus siegen wird.

seiner Kolonialgeschichte auch an Algeriens Menschen begangen hat. Wieviele Menschenopfer allein der mit dem Frieden von Evian abgeschlossene Algerienkrieg gefordert hat, ist schwer zu sagen; die Algerier selbst schätzen sie auf mindestens eine halbe Million Tote und eine Million Verwundete und Gestorbene. Dazu kommen die Leiden der nichtkämpfenden Bevölkerung, der 200 000 Gefangenen, der 2,5 Millionen Vertriebenen und Flüchtlinge, die unübersehbaren Sachzerstörungen und die unmittelbaren Kriegskosten auch für Frankreich, die mit etwa 50 Milliarden neuer Franken angegeben werden. Mit diesem Geld hätten, wie man ausgerechnet hat, rund 900 000 Wohnungen gebaut werden können, zehnmal so viel, wie in Frankreich alljährlich erstellt werden, so daß die Wohnungsnot dort so gut wie behoben wäre. Welch irrsinnige Verschwendung zum (vermeintlichen) Nutzen und Ruhm Frankreichs und seiner kolonialistischen Oberschicht!

Beim Rückblick besonders auf die letzten Jahre französischer Kolonialherrschaft über Algerien kann man sich nur immer wieder wundern über den zynischen Gleichmut und die freundschaftliche Rücksichtnahme, womit die «freie Welt» die Missetaten Frankreichs mitangesehen hat. Und doch sind diese Verbrechen unvergleichlich viel empörender als zum Beispiel die Gewalttätigkeit, mit der die Sowjetunion den bewaffneten Aufstand in Ungarn unterdrückt hat, den Versuch also, Ungarn gewaltsam vom Ostblock abzuspalten und diesen selbst womöglich unheilbar zu erschüttern. Erst die Verbrechen der OAS haben in der öffentlichen Meinung des Westens so etwas wie Mißbilligung und Verlegenheit hervorgerufen, weil das amtliche Frankreich selbst dadurch in Schwierigkeiten kam, ohne freilich seine gewaltigen «Ordnungskräfte» in Algerien wirksam dagegen aufbieten zu können oder zu wollen. Unter der Schreckensherrschaft der OAS nahm insbesondere die Massenflucht von Europäern aus Algerien fast panikartige Formen an, während, wie ein Beobachter erzählt, «von der Höhe des Boulevard Carnot (in Algier), wo man das Hafengelände überblickt, Mohammedaner in ihren traditionellen Gewändern unbewegt auf die zu den Schiffen nach Frankreich drängenden Europäer hinunterschauten». Eine Szene von geschichtlicher Eindrücklichkeit und Bildhaftigkeit!

Alle Mordbrennerei der OAS-Männer konnte freilich nicht mehr verhindern, daß Algerien seine Unabhängigkeit von Frankreich gewann. Das sah schließlich auch die wohlhabende Oberschicht der Algerienfranzosen ein, die nicht ihre ganze Zukunft dem Fanatismus der «Geheimarmee» und der mit ihr verbündeten radikalnationalistischen Offiziere der «richtigen» Armee zu opfern gesonnen war. So kam am 17. Juni zur allgemeinen Überraschung jene mündliche Vereinbarung zwischen OAS und FLN (Freiheitsfront der Nationalalgerier) zustande, die endgültig den Weg für einen friedlichen Übergang zur algerischen Unabhängigkeit freimachte. Unter dem Druck der Drohung mit der völligen Verwüstung der algerischen Städte und des ganzen Küsten-

streifens durch die OAS bewilligte die FLN neue, in Evian nicht vereinbarte Sicherungen und Rechte der französischen Minderheit, die an der Gestaltung der Zukunft Algeriens weitgehend solle mitwirken können. Auch ein letztes Aufflackern des OAS-Schreckens in Oran vermochte am Gang der Ereignisse nichts mehr zu ändern. Mit dem Riesenbrand der Benzinlager im Hafen von Oran erlosch auch der Widerstandswille der verzweifeltsten Kolonialabenteurer; die Volksabstimmung vom ersten bis dritten Juli verlief in aller Ruhe und erbrachte die vorausgesehene erdrückende Mehrheit für eine unabhängige, aber doch mit Frankreich zusammenarbeitende Republik Algerien, so daß am 3. Juli die provisorische algerische Regierung aus ihrer tunesischen Verbannung unter dem Jubel des Volkes in der Hauptstadt des neuen Staates einziehen konnte.

Wie kritisch die Lage trotz alledem immer noch ist, zeigt aber die Auflehnung eines Teiles der algerischen Offiziere und Politiker, unter der Führung Ben Bellas, gegen die als allzu gemäßigt empfundene Haltung der neuen Machthaber. Soviel man im Augenblick sieht, wird die Regierung Ben Khedda zwar Herr der Lage bleiben, aber ihr ungeheuer schweres Aufbauwerk wird durch die Auseinandersetzung mit dem radikal-nationalistischen Flügel der Befreiungsfront sicher nicht erleichtert. Wie dieser Aufbau — Ben Khedda sprach in seiner ersten Rede vor dem Volk von Algier von einer «wahren Revolution» — aussehen wird, bleibt abzuwarten. Daß er von sozialistischem ebenso wie von freiheitlichem Geist eingegeben sein wird, steht aber fest. Und daß er bei aller Zusammenarbeit mit Frankreich nicht zu einer neuen, wirtschaftlich-politischen Abhängigkeit vom alten Unterdrücker führen darf, das ist den Trägern der Regierungsmacht nicht minder klar. Die Furcht vor einem französischen Neukolonialismus ist ja auch im übrigen Afrika weitverbreitet; besonders in West- und Äquatorialafrika wie in Madagaskar hat das kapitalistisch-imperialistische Frankreich immer noch sehr starke Stützen, denen freilich die sogenannte Casablanca-Gruppe afrikanischer Staaten und die von Nassers Ägypten geführten Kräfte wachsam tätig gegenüberstehen. Man darf auf jeden Fall hoffen, das neue Algerien werde nicht in eine Lage kommen, wie sie dem soeben gleichfalls unabhängig gewordenen ehemals belgischen Treuhandgebiet *Ruanda-Urundi* droht, wo anscheinend nur die weitere Anwesenheit belgischer Streitkräfte den Ausbruch wilder Stammesfehden, ja ein wirkliches Chaos nach dem Vorgang des Kongo vorläufig zu verhindern vermag. Zum Glück besitzt Algerien auch ohne die Franzosen einen tüchtigen Stamm von Verwaltungspersonal, Technikern und Intellektuellen, wie er in Ruanda-Urundi noch fast völlig fehlt. Und wenn sich Marokko und Tunis, seine nächsten arabischen Nachbarn, in ihrer jungen Unabhängigkeit befriedigend behaupten konnten, so ist das gleiche auch und erst recht von Algerien zu hoffen, das mit seinen fürchterlichen Leiden wahrhaftig eine gesicherte, gedeihliche Zukunft reichlich verdient hat!

Westeuropa-Pläne Welche Rückwirkungen wird die Wendung in Algerien auf *Frankreich* haben? Zunächst wird die Finanzlage der Fünften Republik durch den Wegfall der Kriegskosten wesentlich erleichtert werden. Sodann wird Herr de Gaulle, der Romantiker auf dem Thron der Bourbonen (als deren Erben er sich tatsächlich fühlt), sein autoritär-reaktionäres Regime weiter ausbauen können, während die kläglich willen- und hilflose Linke sich noch stärker als bisher zurückgedrängt sieht. Namentlich aber wird de Gaulle jetzt freiere Hand zu gewinnen suchen, um seine *Europapolitik* voranzutreiben und für den Zusammenbruch des französischen Kolonialreiches einen Ersatz in dem westeuropäischen Block zu schaffen, der ihm vorschwebt. Er stößt dabei freilich (wie wir schon früher wiederholt dargelegt haben) auf den Widerstand der übrigen Westmächte, die seine Zukunftsschau nur in begrenztem Maß teilen. Das gilt vor allem von seinen militärpolitischen Absichten, die auf den Besitz einer eigenen atomaren Droh- und Zuschlagswaffe hinauslaufen. Wie die Rede, die der amerikanische Wehrmachtminister McNamara unlängst an der Universität von Michigan gehalten hat, mit besonderer Schärfe klarstellt, lehnen es die Vereinigten Staaten des entschiedensten ab, ihren Verbündeten eine selbständige und unabhängig von Washington einzusetzende atomare Streitkraft zuzugestehen. Aber auch die Vorstellung, daß 15 NATO-Regierungen oder ihre Vertreter in Washington in der äußerst kurzen Zeit, die dafür zur Verfügung stünde, über den Einsatz der westmächtlichen Atomwaffe gegen die Sowjetunion (oder China) sollten mitentscheiden dürfen und können, erscheint der Regierung Kennedy gänzlich unvollziehbar. Das einzige, wozu sich die Vereinigten Staaten bereitfinden könnten, wäre ein Einblick der europäischen NATO-Regierungen in die strategischen Pläne der USA *vor* dem kritischen Augenblick, ein Einblick in die *Möglichkeiten*, die der amerikanischen Wehrmacht offenstehen, und eine gewisse Mitsprache Westeuropas bei der *Vorbereitung* des Entscheides, den Washington im gegebenen Fall zu treffen hätte.

Darum drehten sich tatsächlich auch die Gespräche, die der amerikanische Außenminister Rusk auf seiner Blitzreise durch einige Hauptstädte Westeuropas führte. In Paris hatte er es natürlich am schwersten. General de Gaulle wich keinen Fußbreit von seinem Weg zu einer unabhängigen französischen Atommacht ab und gab auch keinerlei verbindliche Zusicherung für eine Mitwirkung Frankreichs bloß bei einer vorbereitenden Formung der Atomstrategie des NATO-Blocks. Eher ließen darüber die Regierungen von Bonn, London und Rom mit sich reden; doch bleibt auch hier vorläufig alles in der Schwebe, da zuerst einmal die Fragen geklärt werden müssen, die mit Berlin, mit dem Eintritt Großbritanniens in die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft und mit einem *politischen* Zusammenschluß der westeuropäischen Länder zusammenhängen.

Der Eintritt Großbritanniens in die EWG wird von Washington

aus weiterhin lebhaft unterstützt, während mindestens Frankreich dafür Bedingungen stellt, die man in England und im Commonwealth nur schwer schlucken wird. Dem politischen Zusammenschluß Westeuropas strebt man, wenn nicht in London, so doch in Bonn mit Eifer zu, und Präsident Kennedy kündigt ebenfalls seine Mithilfe dabei an, um die freilich noch etwas nebelhafte «Atlantische Vereinigung» zustandezubringen, die er sich offenbar als NATO-Ersatz denkt. Und wenn auch Frankreich einen viel höheren Grad der europäischen Einigung — unter *seiner* Führung! — ins Auge faßt, als ihn die Bonner Regierung für angängig hält, die eben eine *westdeutsche* Vorherrschaft wünscht, so sind sich beide Teile doch darüber einig, daß auf jeden Fall Westdeutschland und Frankreich unter sich zu einer möglichst vollkommenen Verständigung kommen müssen. Und die «deutsch-französische Versöhnung und Freundschaft» ist ja auch bei dem großaufgezogenen Staatsbesuch Adenauers in Frankreich in den höchsten Tönen gepriesen und sogar noch — was für ein widerliches Theater! — religiös auszementiert worden, ausgerechnet in der Kathedrale von Reims, die von den Deutschen 1914 fast zerstört worden ist und in deren Nähe ihre Wehrmacht Anno 1945 die bedingungslose Kapitulation unterschreiben mußte.

Der alte Geist Es ist schwer zu begreifen, daß die Franzosen in ihrer Mehrheit alles vergessen haben sollen, was ihr eigenes Land und all die anderen Länder der Welt durch deutsche Herrschsucht, Unmenschlichkeit und Besitzgier gelitten haben. Nicht daß sie und wir alle diese Eigenschaften den Westdeutschen zeitlebens persönlich anhängen und sie deswegen hassen sollten; aber noch weniger dürfen die anderen Völker einfach übersehen, welchen dämonischen Mächten sich bisher die Mehrheit der Deutschen ausgeliefert hat *und jederzeit wieder auszuliefern imstande wäre.* Denn es ist einfach nicht wahr, daß sich im westdeutschen Volk eine grundlegende Sinnesänderung vollzogen hat — weder als Folge der ersten noch als Folge der zweiten, noch schwereren Niederlage des deutschen Nationalismus und Militarismus. Wenn Hitler oder ein ähnlicher «Führer» morgen wiederaufträte, so würde ihm der Großteil der Westdeutschen aufs neue begeistert zufallen. All diese schlummernden «völkischen» Leidenschaften, die sich im Tausendjährigen Reich austoben konnten, würden abermals hemmungslos offen hervorbrechen, der ganze Firnis von Friedfertigkeit und Demokratie, mit dem sich die Bonner Republik angestrichen hat, würde weggeschwemmt, und all die Feigheit und Charakterlosigkeit des Mitläufertums, das immer dabei ist und hintendrein nie dabeigewesen sein will, würde sich breit machen und von der Konjunktur profitieren wie eh und je . . .

Was steht denn insbesondere hinter der militärischen *Wiederaufrüstung* der Ära Adenauer-Strauß anderes als der alte, unselige deutsche Machtwahn, der Preußen «großgemacht», das Reich Bismarcks ge-

gründet, den Krieg Wilhelms des Zweiten und denjenigen Hitlers entfesselt hat und der sich mit dem Ergebnis des Zweiten Weltkriegs nun und nimmer mehr abfinden will, das heißt also — bewußt oder unbewußt — eine dritte, diesmal die endgültige Katastrophe über Deutschland und Europa heraufzubeschwören droht? Vor wenigen Monaten ist im Verlag Pahl-Regenstein in Köln als Sonderheft der «Blätter für deutsche und internationale Politik» eine «Dokumentation zur Geschichte der Wiederaufrüstung der Bundesrepublik» herausgekommen, die all denen den Star stechen sollte, die überhaupt noch heilbar sind. Punkt für Punkt, Monat für Monat wird hier die ganze erregende Geschichte der westdeutschen Aufrüstung mit einer Fülle von nicht widerlegbaren Belegen erzählt, die Geschichte jener «Politik der Stärke», deren Urheber dem deutschen Volk die «Wiedervereinigung in Freiheit» und «Sicherheit vor dem kommunistischen Zugriff» versprachen. Die Redaktion der «Blätter» bemerkt dazu: «Daß wir diese unsere Zitatensammlung gerade jetzt veröffentlichen, ist kein Zufall. Zu keinem anderen Zeitpunkt bisher konnte es klarer sein als in diesen Monaten des Jahres 1962, daß Konrad Adenauers Rezept uns die Wiedervereinigung Deutschlands nicht nur nicht gebracht, sondern ganz schlicht auf lange Zeit aussichtslos gemacht hat. Und aus der Legende von der Sicherheit ist die Aussicht auf letzte thermonukleare Gefährdung und der interkontinentale Ruf unseres Landes als Gefahrenherd geworden. So dokumentiert sich auf den folgenden Seiten nicht nur ein Kernstück unserer Wirklichkeit, sondern auch ein Traum, — der, weitergeträumt, nur zu einem bösen Erwachen führen kann. Und es bleibt in unanfechtbaren Zeugnissen festgehalten, wen die Verantwortung an einer Entwicklung trifft, die aus der demokratisch konzipierten Bundesrepublik Deutschland im Aufrüstungswahn deren eigene Pervertierung (Verkehrung) zu machen droht ... Wir lassen dieses Heft hinausgehen in der Hoffnung und mit dem Wunsch, es möge mithelfen, tausend schlafende Augen zu öffnen, bevor deutsches militärpolitisches Abenteurertum die Welt ein übriges Mal ins Unglück gestürzt hat.»

Der Mißerfolg der «Politik der Stärke» als Mittel zur Wiedervereinigung Deutschlands wird auch durch die lauteste Propaganda gegen die DDR und «Ulbrichts Schandmauer» nicht aus der Welt geschafft. Was gerade am 17. Juni letzthin, dem neunten Jahrestag des ostdeutschen Aufstands, in der Bundesrepublik an Demagogie geleistet worden ist, das könnte sogar einen Goebbels vor Neid erblassen machen. Nur *ein* Beispiel, auf das uns ein westdeutscher Freund aufmerksam gemacht hat. Die «Niederelbe-Zeitung», die im Raum von Hamburg erscheint, schrieb in ihrer Nummer 138 unter anderem: «Hinter jener Mauer (in Berlin) herrschen Not, Elend und Tyrannei. Hinter jener Mauer herrschen Menschen, bar jeder Verantwortung, die groß wurden im Verbrechen. Menschen, die vor mehr als dreißig Jahren schon mordend und plündernd als Spartakisten durch unsere Provinzen zogen. Menschen, die in den Verbrecherbanden der internationalen Brigaden wäh-

rend des spanischen Bürgerkriegs standen. Menschen, die heute gemäß ihrer Vergangenheit umbringen, wer sich ihnen nicht beugen will. Sie errichteten die Mauer, um ihre Schande zu verbergen. Und sie lauern dahinter mit schußbereitem Gewehr, um jene zu morden, die der Freiheit zustreben, seien es Männer, Frauen oder auch Kinder.»

Wir nehmen die Errichtung der Mauer gegen Westberlin sicher nicht leicht. Niemand kann sie leicht nehmen. Aber sie war doch einfach eine Handlung der Notwehr gegen die planmäßige Aushöhlung der DDR, die von Westberlin und Westdeutschland aus jahrelang betrieben wurde. Die Absicht war ganz handgreiflich die Zerstörung der Ansätze zum Sozialismus, die in Ostdeutschland emporwachsen, und die Vorschiebung des Westblocks bis zur Oder — mit Fortsetzung nach Polen, in die Sowjetunion und die Tschechoslowakei hinein. «Selbstbestimmung der Ostdeutschen», «Freiheit», «Menschenrecht» und die anderen schönen Losungen, mit denen von Westdeutschland aus die Luft erfüllt wird, das ist unter solchen Umständen und *im Munde dieser Propagandisten* alles wirklich nicht mehr als Verlogenheit und Heuchelei, die höchstens noch naiven Besuchern der Tellen-Festspiele in Altdorf verborgen bleiben kann.

Laos und Südvietnam Der Mißbrauch der Freiheitslosung gehört ja allerdings zum eisernen Bestand der westmächtlichen Propaganda überhaupt. Die «freie Welt» ist darum auch außerstande, das Problem der unterentwickelten Völker zu lösen, die eben unter Freiheit etwas ganz anderes verstehen als das kapitalistische Europa und Amerika, nämlich zunächst einmal Freiheit von Not und sozialer Ausbeutung, auf die erst dann politische Demokratie (in neuen Formen freilich) aufgebaut werden kann, wenn ein Mindestmaß von menschenwürdigen Lebensverhältnissen gesichert ist. Man sieht das deutlicher als je an den gegenwärtigen Vorgängen in Ost- und Südostasien.

Laos hat nur deswegen nie seine Ruhe und selbständige Entwicklung gewonnen, weil die Vereinigten Staaten jede nicht dem Westen hörige Regierung mit Hilfe der reaktionären Kräfte im Lande selbst gestürzt haben. Das Peinliche für sie war nur, daß sich keine der rechtsgerichteten Regierungen wirklich halten konnte; die große Mehrheit der überhaupt politisch denkenden Bevölkerung wünscht eben ein neutrales Laos, das von feudaler wie kapitalistischer Herrschaft und Korruption frei ist. Vergebens stützte auch Präsident Kennedy die Regierung seines Anschickmannes Boun Oum — bis der Pathet Lao, die linksgerichtete Kampftruppe des Prinzen Souphanou Vong, durch den bekannten Vorstoß auf Nam Tha bekundete, daß ihr die Geduld ausgegangen sei und endlich einmal die seit Jahren versprochene Koalitionsregierung gebildet werden müsse.

Das wirkte in der Tat. Die Soldaten und Offiziere der «königlich laotischen Armee» liefen spornstreichs davon, und wenn auch die Re-

gierung von Washington im benachbarten Thailand Truppen landen ließ, so war doch die Erweiterung der laotischen Regierung durch Zuzug von neutralistischen und kommunistenfreundlichen Ministern nicht mehr zu verhindern. Der vielgeschmähte Pathet Lao hat sich dabei wirkliche Mäßigung auferlegt; es wäre ihm ja ein Leichtes gewesen, zu den zwei Dritteln von Laos, die in seiner Hand waren, auch noch den Rest des Landes zu erobern und eine ausgesprochene Linksregierung einzusetzen. Statt dessen begnügte er sich damit, in einer Koalition, die unter dem Vorsitz des Prinzen Souvanna Phouma steht, neben den Neutralisten und Amerikafreunden nur einen Teil der politischen Macht in Anspruch zu nehmen, um dem Bürgerkrieg ein Ende zu machen und den Vereinigten Staaten jeden Vorwand zum Eingreifen zu nehmen.

Ob damit und mit der Bestätigung einer Neutralitätserklärung des neuen Kabinetts durch die Genfer Laoskonferenz die Neutralität des Landes und seine Freiheit von amerikanischem Einfluß wirklich gesichert ist, erscheint allerdings fraglich. In den westmächtlich ausgerichteten Kreisen Südostasiens erklärt man jedenfalls ganz offen: «Neutralismus ist das Tor zum Kommunismus.» Und man faßt darum zum mindesten eine Teilung von Laos ins Auge, wobei die Nordhälfte des Landes den «Kommunisten» zu überlassen sei, der Süden aber mit amerikanischer Rückendeckung der Gruppe Boun Oum - Phoumi unterstellt werden müsse, wenn Südostasien nicht den Vereinigten Staaten ganz verloren gehen solle. Dies schon darum, weil sich die USA in *Thailand* und *Südvietnam* bereits militärisch festgesetzt und nur von hier aus noch etwelche Aussicht haben, den kommunistischen Einfluß in Laos zu brechen. Der Korrespondent von «U. S. News & World Report» (11. Juni) weist besonders darauf hin, daß die Nachschublinien des Pathet Lao in Südlaos so gut wie unangreifbar seien, weil der Dschungel alle Truppenbewegungen und Beförderungseinrichtungen unsichtbar mache. Unter Berufung auf einen amerikanischen Offizier bei der «königlich laotischen Armee» erklärt er geradeheraus: «Die beste Art für die Vereinigten Staaten, um Südvietnam bei der Besiegung seiner roten Partisanen zu unterstützen, ist die Zerschlagung dieser Nachschublinie. Die schlimmsten Orte für einen solchen Versuch liegen in diesen Grenzdschungeln. Die verwundbarsten Punkte der roten Nachschublinien sind die laotischen Landungsplätze, die durch die russische Luftbrücke von dem kommunistischen Nordvietnam her benützt werden. Sie können ausfindig gemacht werden.» Ein Schlag gegen die «sowjetische Luftbrücke», so fügt der Mann bei, könne aber aus politischen Gründen nicht geführt werden. «Wie die Mandschurei im Koreakrieg, so ist ein roter Stützpunkt noch nie von den Vereinigten Staaten angegriffen worden. Nordlaos und Nordvietnam sind ‚bevorrechtete Heiligtümer' für die Kommunisten geworden. Das ist gerade jetzt amtliche amerikanische Auffassung.»

So dürfte eben der amerikanische Versuch, das verderbte, reaktio-

näre Regime Ngo Diem in Südvietnam für die «freie Welt» zu sichern, «nur» mit den bisher eingesetzten Mitteln fortgesetzt werden. Bereits stehen ein paar tausend amerikanische Soldaten und Offiziere in Südvietnam im Kampf mit den Guerillakämpfern des Vietcong, — wozu noch weitere 5000 im angrenzenden Thailand kommen — und trotzdem verschlechtert sich die Lage für die Regierung immer mehr. Auch die barbarische Kriegführung gegen die *Natur*, die die Amerikaner betreiben, hat bisher nur recht mäßige Erfolge gehabt. Wenn die Angaben zutreffen, die Wilfred Burchett, der wohlbekannte australische Journalist, in der Moskauer «Nowoje Wremia» (15. Juni) macht, so suchen die Amerikaner tatsächlich durch chemische Gifte jeden Pflanzenwuchs in einem breiten Grenzstreifen gegen Laos und Kambodscha hin planmäßig zu zerstören und dadurch den Nachschub für die Vietcong-Truppen von Norden her unmöglich zu machen, den sie nicht durch einen Luftangriff auf Laos und Nordvietnam ausschalten wolsen *. Und mit solchen Mitteln soll der Kommunismus unschädlich gemacht werden, dem doch nur radikale wirtschaftliche und soziale Reformen in den «bedrohten» Ländern beikommen könnten?

Krieg um China! Den Gipfel der Tollheit würde dabei ein Versuch darstellen, von *Taiwan* (Formosa) aus die *Chinesische Volksrepublik* anzugreifen, um das kommunistische Regime zu stürzen und dadurch ganz Asien vor der «bolschewistischen Gefahr» zu retten. Aber Tschiang Kai-schek und seine Regierung scheinen wirklich zu glauben, die großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten, mit denen China neuerdings zu ringen hat, böten ihm die letzte Gelegenheit, seinen alten Plan auszuführen. «Die Befreiung des verlorengegangenen Festlandes», so sagte der Ministerpräsident von Taiwan am 16. Juni vor der dortigen Militärakademie, «ist der einzige Weg für unser Weiterleben und für die Sicherheit der Länder des freien Asiens. Es ist ein großer Fehler, uns vom Angriff abzuhalten oder unsere Vorbereitungen dafür zu verurteilen.»

Chinas schwere Wirtschaftslage ist Tatsache; die Massenflucht aus Südchina nach dem britischen Hongkong ist nur *ein*, wenn auch bedenkliches, ja erschütterndes Anzeichen dafür. Und außergewöhnliche Trockenheit, riesige neue Überschwemmungen und sonstige Naturereignisse erklären die Hungersnöte in weiten Teilen des Reiches nur ungenügend. Aber auch das kommunistische Wirtschaftsregime kann dafür nicht wesentlich verantwortlich gemacht werden, wie es im Westen so gern versucht wird. Es ist zwar richtig, daß die geplante, mit stärkstem Einsatz vorwärtsgetriebene Industrialisierung Chinas ins Stocken gekommen ist. Der «große Sprung nach vorn» hat sich in den letzten paar Jahren nicht wiederholen lassen, so daß die überschüssigen

* Einzelheiten über diese Art Kriegführung werden in Nr. 28 des «Zeitdienstes» (Zürich) mitgeteilt.

Arbeitskräfte, die vom Land in die Städte drängten, wieder nach Möglichkeit zurückgeschoben werden mußten. Auf dem Land selber aber haben die Volkskommunen bei weitem nicht diejenige Entfaltung gefunden, die es möglich gemacht hätte, eine dezentralisierte Industrie, verbunden mit Gewerbe und rationalisierter Landwirtschaft, aufzubauen, die der rasch wachsenden Bevölkerung ein genügendes Auskommen gewährt hätte. Der Rückschlag der mit bewundernswertem Schwung und Geschick eingeleiteten Planwirtschaft trifft somit die Masse der chinesischen Bevölkerung unzweifelhaft schwer. Und dennoch besteht für die Anhänger der «freien Marktwirtschaft» kein Anlaß zum Triumph. «Sie übersehen», schreibt Paul Johnson im «New Statesman» (25. Mai 1962), «daß die Ereignisse in China weniger die Unfähigkeit kommunistischer Planung dartun als die Größe des Problems, das sie hätte bewältigen sollen. Sie übersehen auch, daß das Problem wahrscheinlich nicht besser durch den feudalen Kapitalismus gelöst werden kann, den sie als einzige andere Möglichkeit anzubieten haben.» Es ist eben in erster Linie der ungeheure auf China lastende *Bevölkerungsdruck*, der scheinbar aller Anstrengungen spottet, das jahrhundertelang unterentwickelt gebliebene und von außen wie von innen her ausgebeutete China so rasch in ein modernes Industrieland mit gedeihlicher Wirtschaft umzuwandeln, wie es die Führer der Revolution — die man in China lieber Befreiung heißt — gewollt hatten. Die Schwere der dadurch gestellten Aufgabe betont auch der Münchner Chinakenner Herbert Franke, der in einem von der «Zeitschrift für Geopolitik» (Nr. 4—5, 1962) wiedergegebenen Vortrag für China einen jährlichen Zuwachs von etwa 12 Millionen Menschen annimmt, so daß Ende 1962 eine Gesamtbevölkerung von etwa 722 Millionen erreicht sein werde. Diesen gewaltigen Zuwachs sinnvollerweise an Arbeitsplätzen unterzubringen, hält Professor Franke für unmöglich. Das sei, so glaubt er, eine Aufgabe, die Chinas Kräfte bei weitem übersteige. «Es ist eine Frage, von der für die nächsten Jahrzehnte sehr viel abhängen wird, ob China in diesem Maßstab weiterwachsen wird oder nicht. Wenn ja, dann wäre ein sinkender Lebensstandard wohl nicht zu vermeiden mit den entsprechenden politischen Folgen, zumal eine Auswanderung, wie sie früher praktiziert worden ist, heute nicht mehr stattfindet und nicht mehr stattfinden darf . . . Unter Berücksichtigung all dieser Umstände muß man wohl zu der Überzeugung kommen, daß China trotz allen wirtschaftlichen Aufbauleistungen sich in den nächsten Jahren noch großen Schwierigkeiten gegenübersehen wird.»

Wir dürfen aber, so möchte ich beifügen, gleichwohl die Zuversicht hegen, daß das neue China auch mit diesen Schwierigkeiten fertigwerden wird, sofern ihm nur der Frieden erhalten bleibt. Eine Rückkehr zum Kolonialismus, Feudalismus und Kapitalismus kann jedenfalls schon heute als ausgeschlossen gelten, um so mehr, als diejenigen asiatischen Länder, die im westlich-amerikanischen Herrschaftsbereich verblieben sind, wahrlich keinen wirtschaftlich-sozialen Aufschwung

erlebt haben, der die Chinesen darauf neidisch machen könnte. Die Entwicklungshilfe, die sie von den «freien Nationen» bekommen haben, ist in der Hauptsache einer räuberischen Oberschicht zugute gekommen und hat die breiten Volksmassen kaum am Rand erreicht. Einem «Befreiungskrieg», den die Formosaregierung gegen China unternehmen würde, müßten darum die einfachsten Voraussetzungen für einen Erfolg fehlen; die Hoffnung, nach der Errichtung eines «nationalchinesischen» Brückenkopfes auf dem Festland würden die «geknechteten und verhungerten Opfer des fremdländischen Kommunismus» in Massen den «Befreiern» zuströmen und die Pekinger Machthaber verjagen helfen, erscheint so unsinnig, daß man sich gewiß auch in Washington hüten wird, Tschiang Kai-schek zu dem Abenteuer zu ermutigen, mit dem er sein Lebenswerk zu krönen träumt. Der klägliche Zusammenbruch des Kuba-Unternehmens ist im Weißen Haus noch nicht vergessen!

Immerhin: Formosa steht unter dem militärischen und politischen Schutz der Vereinigten Staaten, die der Chinesischen Volksrepublik die diplomatische Anerkennung beharrlich verweigern in der Hoffnung, das Pekinger Regime werde «so oder so» in absehbarer Zeit eben doch wieder verschwinden. Und wenn Amerika einen Angriff von Taiwan aus auf Volkschina auch nicht begünstigt, so wird es auch kaum viel tun, um ihn zu verhindern. Nichts in Präsident Kennedys jüngsten Erklärungen zur Chinafrage, so stellen die «Detroit News» (2. Juni) fest, deute darauf hin, daß die Vereinigten Staaten tatenlos beiseitestehen würden, wenn Tschiang doch losschlagen sollte. «Die herbe Frage ist sittlicherweise: Könnten wir abseits bleiben nach all den jahrelangen Hilfsversprechen gegenüber einer überholten Politik, wenn Tschiang, der für uns immer noch der ‚Beherrscher' Chinas ist, seinen Willen hat? Die noch herbere Tatsache ist, daß, wenn wir glauben, wir dürften ihn nicht hilflos versinken lassen, Tschiang es ist und nicht wir, der darüber entscheiden wird, wann *wir* in den Krieg ziehen.»

Die große Verantwortung der *Vereinten Nationen* angesichts dieser ganzen Sachlage springt in die Augen. Sie sind immer deutlicher dazu berufen, die Kriegskräfte in aller Welt in Schach zu halten, Versuche zu Gewaltlösungen zu vereiteln und die Friedenskräfte zu sammeln und einzusetzen. In Ost- und Südostasien ist das besonders dringlich. Weder Laos noch Vietnam noch Thailand oder Kambodscha werden zur Ruhe kommen, solange sich China und Amerika um Südostasien streiten und einander sprungbereit gegenüberstehen. Keine Abrüstungskonferenz wird Erfolg haben, solange China nicht an ihr vertreten, also nicht Mitglied der Vereinten Nationen ist. Und China wird sein Wirtschaftsproblem aus eigener Kraft so wenig lösen können wie die anderen unterentwickelten Länder — man denke an Indien! — das ihrige, wenn nicht großzügige internationale Solidarität einspringt und die ungeheuerlichen Mittel und Kräfte, die jetzt für eine kommende Vernichtung der Menschheit aufgewendet werden, für den

Weltkrieg gegen Not und Tod eingesetzt werden. Welche Körperschaft aber wäre besser geeignet und stärker verpflichtet, sich all dieser Aufgaben aufs entschlossenste anzunehmen als die Organisation der Vereinten Nationen, von der sich dann auch die Schweiz nur mehr ausschließen dürfte, wenn sie ihrer vielgerühmten Friedenssendung und menschheitlichen Verpflichtung endgültig untreu werden wollte?

11. Juli *Hugo Kramer*

Fragen an die Kriegstheologen

Im 6. Brief an Polykarp schreibt der Bischof Ignatius von Antiochien:

«Suchet Eurem Kriegsherrn (Christus) zu gefallen, von dem ihr ja auch den Sold empfangt! Keiner von Euch soll sich als Fahnenflüchtiger erweisen. Die Taufe bleibe euer Kriegsgerät, der Glaube der Helm, die Liebe der Speer, die Geduld die Waffenrüstung.»

Ich frage: Gibt es «daneben» noch einen andern Kriegsdienst für den Christen, nämlich den «totalen» mit Bomben, Giftgasen und Bakterien, den «ABC-Kriegsdienst»? Oder schließt einer den andern aus? Haben wir Christen mehrere Kriegsherren oder nur einen? Sind wir Christen also gespaltene Leute oder Leute von einer einzigen Geistesverfassung? Wer hat denn nun recht: Ignatius oder die Kriegstheologen unserer Tage? *Georg D. Heidingsfelder*

Redaktionelle Bemerkung

Das vorliegende Heft der «Neuen Wege» ist wie üblich ein Doppelheft, das unsere Leser und Leserinnen in die Ferien begleiten möge, sofern sie sich eine Atempause gönnen dürfen, bevor es wieder in den Herbst und Winter hineingeht. Es enthält neben kleineren Beiträgen auch zwei wertvolle größere Arbeiten, deren Umfang jedoch unsere Freunde nicht von ihrem Lesen und Überdenken abhalten soll. Wir haben eben immer — entgegen der verflachenden Richtung unserer Zeit — an unsere Leser erhebliche geistige Ansprüche gestellt und sehen eine Aufgabe der «Neuen Wege» nicht zuletzt in der Gewöhnung (oder Wiedergewöhnung) an gründliches eigenes Denken, auch, und gerade, wenn es von herrschenden Massenmeinungen wegführt.

Nun also erholsame Ferien und frischen Mut für die kommende Arbeit! Das nächste Heft soll auf den Bettag (16. September) herauskommen.